

Strafe gegen Strafe

Welthandel Vor dem G-20-Gipfel droht der Streit mit den USA zu eskalieren. Brüssel und Washington bereiten Sanktionen vor, die Kanzlerin fürchtet um den Erfolg des Treffens.

Wilbur Ross ist ein Mann, den man leicht unterschätzt. Er wird im November 80 Jahre alt, wirkt etwas träge und nickt bei längeren Sitzungen hin und wieder ein. Manchmal sogar dann, wenn sein Chef ein paar Meter entfernt eine wichtige Rede hält, wie kürzlich in Saudi-Arabien.

Am vergangenen Dienstag aber ist der Mann, der als Handelsminister der Vereinigten Staaten einen der wichtigsten Jobs in der Regierung Donald Trumps hat, hellwach. Er hat sich neben eine manns hohe US-Flagge gestellt und liest eine Rede vom Blatt, die per Videoleitung nach Berlin übertragen wird: in den Festsaal eines Nobelhotels, wo Angela Merkel und mehrere Hundert Gäste des CDU-nahen Wirtschaftsrats warten.

Ursprünglich wollte Ross selbst in die deutsche Hauptstadt reisen, sagte aber kurzfristig ab, weil der Präsident ihn wegen „dringender unerwarteter Angelegenheiten“ ins Weiße Haus beordert hatte. Nun rückt der Minister seine Brille zurecht und trägt in der trockenen Diktion des Handelsjuristen vor, was sein Präsident von den Deutschen erwartet.

Sie sollten doch lieber amerikanische statt russische Rohstoffe kaufen, fordert er, die Zölle auf US-Automobile senken und dafür sorgen, dass die Vereinigten Staaten einen „höheren Anteil an den europäischen Einfuhren“ erlangen. Andernfalls, fügt er an, bleibe der Regierung in Washington eben nichts anderes übrig, als „zur Selbsthilfe zu greifen“.

Zehn Minuten soll Ross reden, doch als er nach einer knappen halben Stunde noch immer nicht fertig ist, haben die Veranstalter genug gehört. Sie drehen den Ton herunter und schalten das Bild ab. Der Handelsminister verschwindet vom Schirm, ausgetrieben wie ein Störenfried. Einige im Publikum lachen.

Man könnte das als milde Unhöflichkeit werten, als organisatorische Petitesse. Die Kanzlerin hat einen vollen Terminplan, sie kann nicht immer warten. Die Episode lässt sich aber auch als versteckte Drohung an die US-Regierung lesen: Wenn ihr euch nicht an die Regeln haltet, tragt ihr die Konsequenzen, unsere Geduld ist nicht grenzenlos.

Eine Woche vor dem Hamburger G-20-Gipfel wächst die Gefahr, dass der unbe-rechenbare US-Präsident das prestigeträ-

tige Regierungstreffen in ein Fiasco verwandeln könnte. Umwelt, Flüchtlinge, Handel: Überall sabotieren Trump und seine America-first-Administration die Suche nach gemeinsamen Positionen der weltgrößten Industrie- und Schwellenländer. Der Dissens sei „offenkundig“, sagte Merkel am Donnerstag im Bundestag, es werde „schwierige Diskussionen geben“.

Behält Merkel recht, würden die USA nach ihrem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen ein weiteres globales Vertragssystem in Gefahr bringen. Vor fast neun Jahren, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, hatten sich die 20 größten Volkswirtschaften darauf verständigt, Konjunkturprogramme aufzulegen und gemeinsame Regeln gegen Banken-Crashes und Steuerflucht zu vereinbaren. Von einer neuen Weltregierung, von der manche beim Start der G-20-Treffen träumten, kann zwar keine Rede sein. Dennoch brachten die Gipfel manchen Fortschritt.

Inzwischen aber kündigt die Trump-Regierung zahlreiche G-20-Absprachen auf, weil sie die Welt nicht als „globale Gemeinschaft“ sieht, sondern „als Arena“, in der jeder seinen „eigenen Vorteil sucht“, wie es in einem Pamphlet von hochrangigen Trump-Beratern heißt. Fressen oder gefressen werden – das ist Washingtons neue außenpolitische Richtschnur, die mit Merckels Vorstellung von einer Welt gemeinsamer Rechte und Regeln nicht viel zu tun hat.

Und so drohen von dem Hamburger Treffen, das die Kanzlerin gern als Fest von Kooperation und Völkerverständigung inszenieren würde, ganz andere Botschaften auszugehen. Die Spannungen zwischen den Supermächten Russland und USA nehmen wieder zu (siehe Kasten Seite 46), und die Gefahr eines transatlantischen Handelskrieges ist größer denn je, mit möglicherweise verheerenden Folgen für die globale Konjunktur. Der Westen? Das war einmal.

Die Nervosität unter den G-20-Planern wächst, denn in Washington regiert das Chaos. Mit Schauern denken US-Diplomaten an den Gipfel der sieben westlichen Industrienationen im sizilianischen Taormina zurück, bei dem Trump die übrigen Delegationen entnervte, indem er einem wechselnden Team aus Beratern die Verhandlungen übergab. Kurz darauf feuerte er seinen Chefunterhändler, der ursprüng-

lich auch in Hamburg hätte auftreten sollen. Diese Aufgabe übernimmt nun ein Mann, der vor drei Wochen seinen ersten Arbeitstag im Weißen Haus hatte.

Hinzu kommt: Die Zusagen, die Trump in Taormina gegeben hatte, sind inzwischen nichts mehr wert. Auf dem G-7-Treffen hatten sich die USA noch gegen „Protektionismus“ und „unfaire Handelspraktiken“ ausgesprochen. Doch bei einem Treffen der Industrieländerorganisation OECD kürzlich in Paris wollten die amerikanischen Unterhändler davon nichts mehr wissen. Stattdessen sorgten sie dafür, dass die entsprechenden Passagen aus den Protokollen herausflogen.

Es geht nicht nur um Begriffe, die Zahl der Handelskonflikte zwischen Washington und Brüssel ist in den vergangenen Wochen bedenklich gewachsen. Auf dem Schreibtisch von Bundeswirtschaftsminis-

terin Brigitte Zypries liegt ein Papier, auf dem die aktuellen Streitpunkte zusammengefasst sind. Es ist eine lange Liste.

So verlangen die USA, dass Deutschland endlich etwas gegen seine hohen Exportüberschüsse unternimmt. Sie prüfen die Einführung einer sogenannten Grenzgleichsteuer, die zahlreiche deutsche Waren in den Vereinigten Staaten drastisch verteuern würde. Sie wollen – im Gegensatz zu den Europäern – neue Wirtschafts-sanktionen gegen den Iran verhängen und fordern, dass Europa mehr Erdgas aus den USA statt aus Russland bezieht.

Und, besonders brisant: Aus der Aufstellung geht hervor, dass sich Europäer und Amerikaner bei einer Reihe von Streitpunkten bereits gegenseitig mit Gegen- und Vergeltungsmaßnahmen bedrohen.

Beispiel Rindersteaks: Seit 1989 darf aus Gesundheitsgründen nur von solchen Tie-

ren Fleisch nach Europa geliefert werden, die nicht mit Hormonen gemästet wurden. Ist das Fleisch unbelastet, darf es auf den Markt.

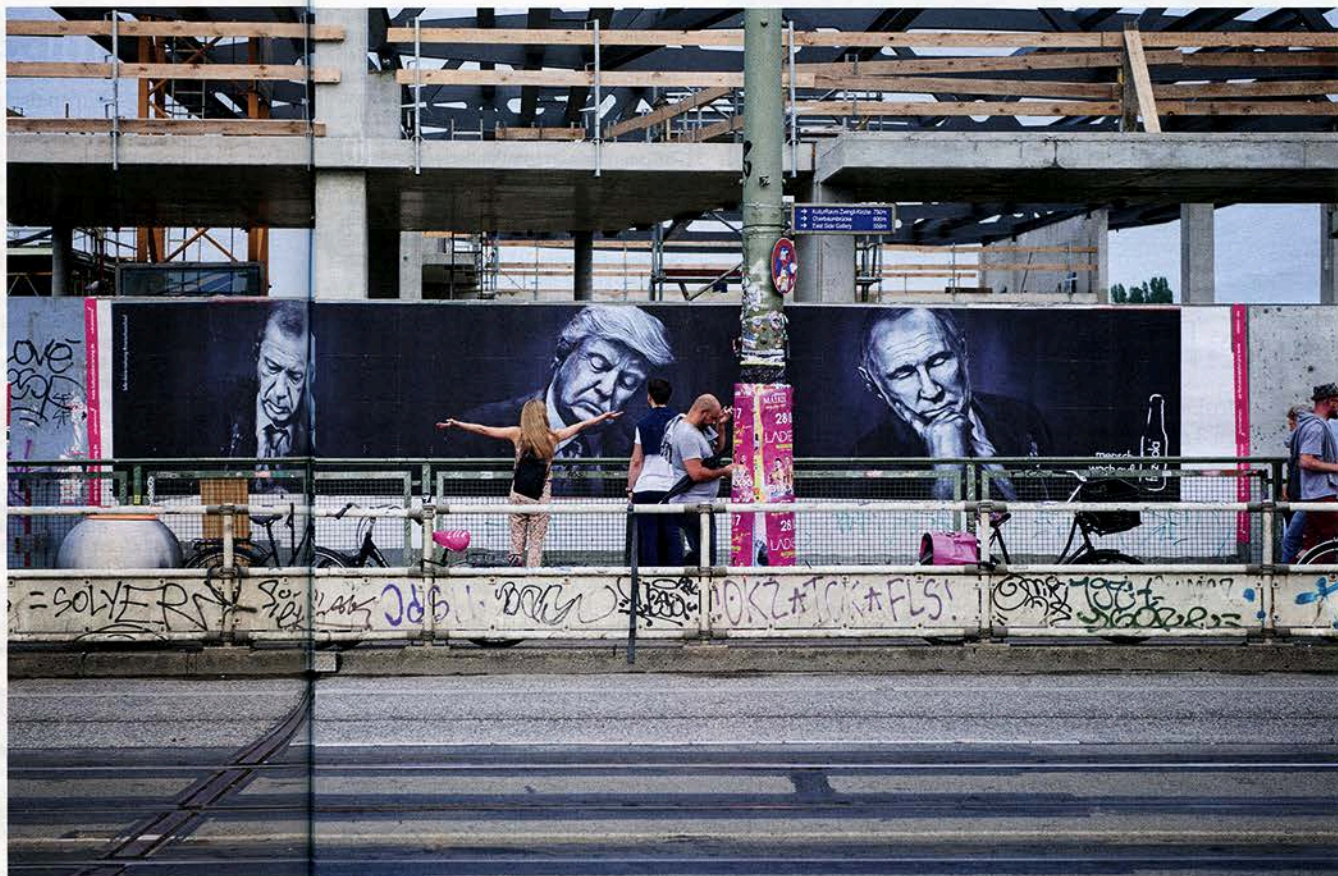
Diesen mehrfach vor der Welthandelsorganisation ausgetragenen Streitfall haben die USA nun erneut entfacht. Sie fordern, dass Europa seine Märkte auch für Hormonfleisch öffnet, und drohen mit Sanktionen. Lenkt Brüssel nicht ein, so hat Washington mitgeteilt, könnten bei über 70 Produktgruppen Strafzölle verhängt oder auf mehr als hundert Prozent erhöht werden.

Auf der Sanktionsliste zu finden sind neben Schweinefleisch, Tomaten oder Kaugummi auch Motorräder mit einem Hubraum von bis zu 500 Kubikzentimetern. Demnächst wollen die Amerikaner entscheiden, welche Maßnahmen sie scharf stellen.

Strafe gegen Strafe, Vergeltung gegen Vergeltung. Die gefährliche Spirale des Wirtschaftskrieges droht rechtzeitig zum Gipfel noch bei einem weiteren, stets besonders sensiblen Produkt in Gang zu kommen: Stahl.

Seit Monaten giftet Trump gegen die Einfuhr von billigem Stahl aus China, der amerikanischen Herstellern schade. Handelsminister Ross soll nun einen Bericht erstellen, der klären soll, ob sich die Billigimporte auf die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten auswirken. Angekündigt war er bereits für Juni. Nun fürchtet die Bundesregierung, dass Ross seinem Chef im Vorfeld oder, noch schlimmer, während des Treffens in Hamburg empfiehlt, Strafzölle zu verhängen.

Das Problem ist, dass solche Zölle nicht nur chinesische Firmen treffen würden, sondern vornehmlich westliche Länder wie



Anti-G20-Plakat in Berlin: Bringen die USA ein weiteres globales Vertragssystem in Gefahr?